

kommt! Es kommt, wenn nicht heute, so doch in absehbarer Zeit! Wie wollen Sie sich hier ausstellen? Wollen Sie jetzt die Hand zu einer Verständigung reichen, die uns dahin führen kann, schwere Erschütterungen zu vermeiden und solche Sicherungen, wie sich vornehmen, die uns vor solchen schweren Erschütterungen bewahren, oder wollen Sie die Verantwortung auf sich nehmen, diese schweren Erschütterungen herbeizuführen durch eine Ablehnung, die doch die von Ihnen gewünschten Ziele nicht haben kann? (Sehr lauter Beifall links und im Zentrum.)
Abg. v. Heppbrand (Konf.): Den

Wunsch nach einer Verständigung teilen wir, aber wenn nicht einmal der neue Antrag des national-liberalen Abgeordneten Dr. Rohmann ausreicht, um die Zustimmung der Regierung zu finden, so bleibt kein anderer Weg übrig, als einfach die Regierungsvorlage anzunehmen. (Sehr richtig! rechts.) Gegenüber der Behandlung des Ministerpräsidenten, im großen Saale würde das gleiche Wahlrecht verlangt, muß ich darauf verweisen, daß ein großer Teil der Wähler nicht in der Heimat, sondern draußen im Felde ist. Ich stelle fest, daß die Konventionen im Auslande mit aller Deutlichkeit und allem Fleiße bemüht waren, die Regierungsvorlagen in einer Weise auszugestalten, wie das für das Vaterland nützlich ist. Wir sind durchaus dafür eingetreten, daß

das gegenwärtige Wahlrecht reformbedürftig ist. Deshalb war ich eigentlich etwas erlaucht, als der stellvertretende Ministerpräsident sagte, wir hätten die Reform so lange verhinert. Sogar bei der Wahlreformvorlage von 1906 wie bei der von 1910 haben wir im Einverständnis mit der Regierung zusammengearbeitet, und wenn die Mehrheit damals nicht zustande gekommen ist, so lag das an den Meinungen des Herrenhauses, für die wir nicht verantwortlich gemacht werden können. Die nächste Seite unseres gegenwärtigen Wahlrechts liegt darin, daß es an die Steuerleistung geknüpft ist.

Die Folge davon ist aber in Wirklichkeit, daß der Mittelstand zu entscheiden hat. Das ist die Signatur des gegenwärtigen Wahlrechts. (Sehr lauter Beifall links.) Das gleiche Wahlrecht aber gibt den Ausschlag den unterliegenden Klassen, den Arbeitern. Wir haben uns gefragt, ob der Standpunkt derjenigen wirklich begründet ist, die jetzt das gleiche Wahlrecht einführen wollen. Es gibt eine Menge Leute, die der Meinung sind, daß das gleiche Wahlrecht im Reichstage außerordentlich bedauerlich sei. (Zustimmung links.) Ja, wir darüber nicht sprechen, denn ich bin ja selbst auf Grund dieses Wahlrechts gewählt worden. Aber

die Verhältnisse in den Staaten sind doch andere wie im Reich. Im Reich haben wir die allgemeine Wehrpflicht, die indirekten Steuern, die soziale Gesetzgebung, alles Dinge, an denen jedermann beteiligt ist. Die Bundesstaaten aber haben ihre futurischen Aufgaben, ihre großen Staatsbetriebe, sie haben die Vermögensbesteuerung, und gerade weil wir im Reich das gleiche Wahlrecht haben, ist es eine naturgemäße Forderung, daß man nicht alles über einen Kamm schieben soll, daß man den Bundesstaaten ihre Eigentümlichkeit lassen muß. (Sehr richtig! rechts.) Führen wir in Preußen das Verhältniswahlrecht ein, dann ist es auch für die übrigen Bundesstaaten nicht mehr aufzufassen.

Eine solche Gleichmacherschickung im Interesse eines geeinten Staatslebens ist nicht zu haben. Nun sind auch viele Staatsbürger bedrückt im Krieg, das gleiche Wahlrecht ist nicht zu ändern, bis die Kriegsteilnahme selbst zurückgeführt sind. (Stürmische Zustimmung rechts.) Es gibt doch nichts, was einen größeren Gegenatz zur Gleichmacherschickung darstellt, als unser Heer. Im Heere haben wir Heerordnung und Unterordnung. Ohne einzelne Kategorien im Heere hätte niemals so Großes geleistet werden können.

In Anbald
König hat gewünscht,
die Regierung solle eine Vorlage mit dem gleichen Wahlrecht einbringen. Aber ich habe nichts davon gehört, daß der König gewünscht oder befohlen hätte, daß wir die durch die Verfassung begründete Freiheit und jede Stellungnahme zu den Regierungsvorlagen aufgeben sollen. Am Ausföhrlichsten haben wir verfahren die Regierung gefragt, ob sie den König härter antworten soll, als wir vorhin gemacht haben. % dieses Wortes als einer vollständigen Erklärung. Wenn das gleiche Wahlrecht eingeführt wird, so wird diese Steuer nicht mehr in einem gerechten Maße zu halten sein. Gegen diese Dinge kann die Regierung keine sachlichen Gegenstände vorbringen. Wird das gleiche Wahlrecht im Staate jetzt eingeführt, dann haben wir in 5 Jahren

120-130 Sozialdemokraten,
eine sehr verstärkte polnische Fraktion und eine sehr starke Linke haben. Auch bei den anderen Parteien wird der mittelklassenberührende Charakter sehr stark beeinträchtigt werden. Diese Zusammenfassung des Hauses wird nicht mehr von dem abhängen, was man Volkswirtschaft nennt. Die Elemente, die sich mehr durch Spekulationismus (Spekulation) und Notation hervorruhen, werden auf den Schild erheben, und diejenigen,

die am meisten verpreisen,
werden die besten Ausföhrer im Wahlkampfe haben. (Zurufe links: Bund der Landwirte!) Das steuerliche Maßstab unseres ganzen Staates bildet die direkte Steuern auf den Besitz, und da wollen Sie die Besitzlosen über die Steuern erschrecken lassen, die die Besitzenden zahlen lassen? (Sehr lauter Beifall links.) Aber vorzubringen können die Besitzlosen für die Besitzenden. Wenn das gleiche Wahlrecht eingeführt wird, so wird diese Steuer nicht mehr in einem gerechten Maße zu halten sein. Gegen diese Dinge kann die Regierung keine sachlichen Gegenstände vorbringen. Wird das gleiche Wahlrecht im Staate jetzt eingeführt, dann haben wir in 5 Jahren

auch in den Gemeinden das gleiche Wahlrecht.
Ob Ihnen das recht sein wird, ist eine andere Frage. (Zurufe: O ja!) Auch unsere kulturellen und konfessionellen Güter würden gefährdet sein nach der Einführung des gleichen Wahlrechts. Wir wollen die christliche Erziehung, die Grundlage unseres Lebens und unserer Tugend nicht aufgeben. Wenn wir hier aber erst
einer freischaffenden Aufbaumänner
haben, dann werden unsere konfessionellen Schulen nicht mehr zu ihrem Rechte kommen. Ueber die Diktaturen hat sich der Ministerpräsident ausgesprochen. Seine Ausführungen waren von einem hohen Idealismus getragen, aber Überzeugungen waren sie nicht. Aus allen

diesen Gründen, die ich vorgebracht habe, ist es unmöglich, daß wir für das gleiche Wahlrecht stimmen. Auch wir sehen ein, daß wir auf Grund der veränderten Verhältnisse etwas Neues schaffen müssen. Das kommende Wahlrecht muß sich aber der Gliederung der bürgerlichen Gesellschaft anpassen. (Sehr lauter Beifall links.) Der Ministerpräsident Dr. Friedberg: Die Regierung hat jetzt erklärt, daß sie unbedingt an der Forderung des gleichen Wahlrechts festhält.

Der Ministerpräsident hat in seiner Rede schon darauf hingewiesen, daß vielleicht auch auf anderem Wege eine Verständigung sehr wohl möglich sein würde. Ich behaupte außerordentlich, daß die konservative Partei alle Versuche, die Frage mit Hilfe von Sicherungen zu lösen, gründlichst abgelehnt hat. Der Vordreher hatte mir die Erregung vorgelesen, mit der ich vorher gesprochen habe. Ich halte es für ein Bestimmtes: Wenn bei gewissen Vorbedingungen kein Temperament nicht verliert, der hat überhaupt kein Temperament. (Sehr laut!) Wer so angestrichen wird, wie die Regierung von den Abgeordneten hätte ausgeführt werden, hat ein Recht darauf, entsprechende zu erwidern. (Sehr richtig!) Der Vordreher hat gefragt, ob der Träger der Krone von den damaligen Ministern rechtzeitig davon unterrichtet worden sei, daß von den Parteien des Hauses ein Kompromiß geschlossen werden könnte, das Anstößig hätte, ohne große Schwierigkeiten durchzugehen. Ich kann diese Frage mit ja beantworten. (Sehr, hört!) Der Träger der Krone ist ganz selbstverständlich bei den Beratungen, die die Osterhofung und der Juli-botschaft vorangingen, über diese Dinge unterrichtet worden, und zwar in ausführlicher Weise. (Erneutes Höre, hört! links.) Im übrigen ist die Krone eine Institution, die hier möglichst wenig berührt werden sollte. Die vom Vordreher gegen das gleiche Wahlrecht vorgebrachten

Bedenken waren nicht stichhaltig.
Dagegen ist es richtig, daß das Abgeordnetenhaus unter dem gleichen Wahlrecht eine andere Zusammensetzung bekommen würde. (Sehr, hört! rechts.) Das ist doch aber ganz selbstverständlich. Die Beschlüsse der Abgeordneten v. Heppbrand betreffen gegen das Verhältniswahlrecht ebenso wie gegen das gleiche Wahlrecht. Die Fragen des Wahlrechts soll man realpolitisch betrachten. Was vor dem 11. Juli 1917 möglich war, ist nach dem 11. Juli 1917 nicht mehr möglich. Das, was die Hofung ist, was die Hofung ist, ein Regierungsprogramm, das, nachdem es einmal in die Welt hinausgegangen ist, nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Diese Entwicklung ist nicht mehr aufzuhalten. Ein Staatsmann muß weiter denken und sich auf den Boden des Möglichen stellen. Der Zeitpunkt der Ausführung des Abgeordneten v. Heppbrand war etwa der, daß die von der Regierung vorgebrachten Gründe

gewogen und zu leicht befunden worden sind. Mit dem Wägen ist es so eine eigentümliche Sache. Wo vor Jahren die Bergarbeiter sich beschwerten, daß bei dem Gefährte des Abwägens der Kohlen nicht ganz korrekt verfahren werde, weshalb sie einen Unparteiischen zur Vornahme des Wägens verlangten, ist man in diesem Punkte im Sinne der Wünsche der Arbeiter dahin gekommen, daß man für das Wägen einen Unparteiischen haben müßte. Herrn v. Heppbrand kann ich

als Unparteiischen nicht anerkennen.
Deshalb trifft mich kein Wert minder schwer. Er hat geschlossen mit einem Stinck auf die Kämpfer und gemeint, während dort Schlachten geföhren wurden, müßten wir hier in Streit und über eine Vorlage verabschieden. Die Regierung hat unter der schweren Verantwortlichkeit, unter der sie steht, gegenstandslos abzuwägen, was dem Siege föhderlicher

ist, ob die Vorlage in möglichst kurzer Zeit, wenn auch vielleicht unter Kämpfen, verabschiedet wird, oder ob die Vorlage, die nun einmal in der Bevölkerung über diese Vorlage entstanden ist, noch auf Jahre hinaus weiter dauern soll. Vor dieser Entscheidung standen wir. Wenn sie zu der Überzeugung gekommen ist, daß es das beste Mittel war, die Vorlage möglichst bald zum Abschluß zu bringen, so verdient sie von meinem Standpunkte aus nicht Tadel, sondern Anerkennung. (Stürmischer Beifall links und im Zentrum.)

Abg. Borck (Zentr.) zur Geschäftsordnung: Obgleich nur § 1 zur Beratung steht, wird doch häufig über die gleiche Wahlrecht gesprochen, das erst der § 3 enthält. Ich beantrage deshalb, die Debatte gleich auf die ersten drei Paragraphen auszudehnen.
Abg. Dr. Johnson schlägt sich diesem Antrage an.
Abg. Widdele widerspricht dem Antrage und bittet, den § 3 beizubehalten zu behaupten.

Der Antrag Borck wird mit allen Stimmen gegen die Stimmender 31 angenommen.
In der fortgeführten Beratung führt
Abg. Dr. Borck (Zentr.) aus: Bei der ersten Lesung haben wir erklärt, daß ein Teil von uns für das gleiche Wahlrecht ist, daß ein anderer Teil seine endgültige Stellungnahme von den Ausföhrerhandlungen abhängig macht. Die Verhandlungen im Ansehung haben zu einem endgültigen Ergebnis nicht geführt. Die Dinge sind noch im Fluß. Erst bei der dritten Lesung werden wir unseren endgültigen Standpunkt eingehend begründen. In der zweiten Lesung wird ein kleiner Teil meiner Freunde gegen das gleiche Wahlrecht stimmen. Die große Mehrheit meiner Parteifreunde wird dafür sein. Im gegenwärtigen Augenblicke erwarten viele Kreise der Bevölkerung nicht Neben, sondern Abtötungen. (Beifall im Zentrum.)
Auf Antrag des Abg. Rohmann (nlf.) verträgt das Haus darauf die Beratung auf morgen vormittag 11 Uhr.

Wiborg erobert.

WTE. Berlin, 30. April. Das finnische Hauptquartier meldet: Wiborg ist erobert.

Unsere deutschen Streitwagen.

Telegramm unseres Kriegsberichterstatters.
In den Kämpfen bei Hangard und Wilkes-Preisensung hat der Feind abermals mit unseren deutschen „Tanks“, den gepanzerten Sturm- und Streitwagen, Bekanntschaft gemacht. Bei sehr heftigen Regenwetter waren diese Panzerwagen am frühen Morgen unmittelbar im Verband der ersten Sturmtruppen aufgetrieben, denen sie mit Leichtig-

keit den Weg durch die feindlichen Spürschranken bahnen konnten. Bald boten sich ihnen besondere Aufgaben. Feindliche Maschinengewehre, welche anderenfalls die Infanterie lange aufgehalten hätten, konnten auf Hinmies der Sturmtruppen hin angefahren und auf allerhöchste Entfernung niedergestampft werden. Die Prompitheit, womit dies geschah, hat den Jubel unserer Infanterie erregt. Dann nahmen die „Tanks“ die feindlichen Hauptbatteriestandorte an. Die Engländer glaubten nicht, durch das hinter ihnen vernehmbar Maschinengewehrsfeuer unterstützt zu werden, bis sie plötzlich die Schallge erkanteten. Die Folge war eine furdtbare Panik. Mit erhobenen Händen liefen ganze Abteilungen Engländer den unheimlichen deutschen Streitwagen entgegen, deren Besetzung die entworfenen Gefangenen unter Bedeckung nach hinten schickte. Andererseits bedeutete das Vorgehen der Streitwagen für unsere Infanterie eine höchstwertvolle moralische Stärkung.

Der paderbornische und spannenbüsche Augenblick der Schlacht trat ein, als die Engländer ihre eigenen „Tanks“ heranbrachten und nun auf den Fängen der Höhe 104 ein Kampfschlachtfeld entzifferten. Die deutschen Streitwagen hatten hier etwas die deutsche Infanterie in totalerischer Schwere auszureichend erzielte Überlegenheit. Drei englische „Tanks“ wurden von einem deutschen nach kurzem Feuerkampf zur Strecke gebracht, ihre Infanterie vernichtet. Ein englischer Feldwebel sagte aus, die Unerschlichkeit der deutschen Panzer selbst gegen Feldgranaten habe auf seine Mannschaften lähmend gewirkt, so daß sie keinen Versuch zur Flucht gemacht, sondern sich toplos ergeben hätten. Noch verblüffender waren nach anderen englischen Gefangenenangaben die Angriffe der drei Streitwagen zeitweilig verfehlend und mit Flammenwerfern und Handgranaten als Sturmtruppen gegen den Feind vorgehenden deutschen Besatzungen.

W. Schuttmann, Kriegsberichterstatter.

Die Verbandspresse bereitet auf den Fall Yperns vor.

Genf, 29. April. „Echo de Paris“ meldet von der egyptischen Front: Weisheit von Ypern bereiten wir möglichst neue Stellungen vor. Auch der „Temp“ enthält Andeutungen auf den Fall Yperns, den er aber wegen seiner moralischen Wirkungen bebauen würde. Der „Matin“ meldet: Die Augenblicke von Ypern leiden unter der feindlichen Beschäftigung.

Das „Journal“ fügt, daß Ypern nicht zu halten sei. Die Lage sei nicht verzweifelt, aber furstbar ernst. „Daily Mail“ meldet: Die Lage an der Yperntromp ist ernst. Ihre Lazarette sind aus Ypern fortgeschickt.

Nun „strategisch“ belanglos.

Genf, 29. April. Die französische Presse beginnt auf die Klümmung Yperns vorzubereiten, das jetzt plötzlich als ein strategisch ziemlich belangloser Ort geföhrt wird. Der Militärkritiker des „Journal“ sagt: Ypern könne nur gehalten werden, wenn die verlorenen Stellungen wieder erobert werden. Man hat zur Deckung der Straße Calais-Dünkirchen bei der Befestigung Yperns, die Straße, der Colvelberg und Hazebrouck seien die geeigneten Rückzugsstellungen.

Hindenburg und Joch.

Der militärische Mitarbeiter des Bonner Neuen Couriers rümt bei Beschreibung der Kämpfe am Kemmelberg auf deutscher Seite die militärische Tüchtigkeit und Intelligenz, wenn nicht auch den Mut und Heldentum und schließlich folgenden Betrachtungen an: Die große deutsche Offensivkraft von 1914, die Hindenburgs mächtige Läufe voranhergekommen seien, müßten schon Ende 1917 begannen die Warnzeichen der Trümmel zu zeigen. Im Jahre 1917 wühten die Deutschen ebenfalls gesamte Zeit vorher welche Gefahr ihnen drohte, namentlich in der sogenannten Schlacht von Montauban, wobei Hindenburg die Verabschiedung an seinen Angehörigen. Diese Hindenburgs dachte, so ihm die Kraft zur Initiative gebracht, hoffte schon, auf die Gefahr hin, eine schwere Niederlage zu erleiden? Nein, er ging klüger rechtseits freiwillig zurück in bessere Stellungen, und der Feind verschlechte seinen großen Schlag. Jetzt ist doch in unseren Augen. Er glaubt nicht hoffentlich haben, jetzt immer mehr streben an, verliert immer mehr Gelände, immer mehr Material und auch immer mehr Leute in dem Streben, sowohl die qualitativen, wie die quantitativen Heere in ihren Stellungen festzuhalten. Dem noch behauptet man, und ich glaube: mit Recht, daß Joch ein solcher Führer ist, obwohl man in Überzeugung noch immer nicht viel davon bemerkt. Wie ist dies? Der Feind hat im Sommer bei Joch in vielerlei Hinsicht großen Vorschub zu erlangen? Der Grund, meine ich, ist, daß Joch erst mit dem Detachment besetzt wurde, als die große Niederlage schon eine Tatsache geworden war. Dieser Oberbefehl verlangt ein gutes Teil von Joch, damit Empfindlichkeiten vermeiden werden, aber Joch wurde wie Clemenceau und Lord George selbst General Joch auch heute noch keine völlige Freiheit des Handlens. Das machen sich allerlei Meinungen geltend, die bei einer Klümmung unermesslich sind. Man denke auch an die Schwierigkeiten mit den Amerikanern, die noch nicht auf eigenen Füßen stehen können. Und zuletzt noch eines zu erwähnen: Was heißt die Hindenburg in Frankreich ist so befehlend, daß kaum freiwillig nicht zu erlauben ist. Mit allem das und mit Hindenburgs keine Not, an amerikanischen in Bezug auf den letzten Punkt, die er in oberem Lande steht.

4100 Quadratkilometer Boden gewonnen.

Berlin, 30. April. Innerhalb 5 Wochen haben die Deutschen während der großen Westoffensive über 4100 Quadratkilometer erobert. Die Entente konnte in der neunten Zeit, d. h. in 14 Wochen während ihrer Westoffensive im Jahre 1916 und 1917 an der Somme, bei Arras und in Flandern im ganzen 361 Quadratkilometer gewinnen. Die Deutschen haben also in der so viel kürzeren Zeit das dreifache Maß des Gesamtgewinnes der Entente erzielt.

Die Engländer über die letzten Kämpfe.

Englischer Hohekommissar vom 29. April abends. Nach Beschäftigung von großer Heftigkeit wurden die französischen und britischen Stellungen in Gebirge Metzen bis zum See von Jillselbe heute früh von unseren feindlichen Kräfte heftig angegriffen. Mehrere Kräfte wurden durch den See die besetzten Stellungen zurück zu Ypern. Eine Schlacht von großer Heftigkeit wurde durch die See die gesamten allierten Front. Die 26. und 27. britische Division wurden alle feindlichen Vorstöße in ihre Stellungen einzubringen, vorwiegend ab und hielten ihre Linie trotz der ununterbrochenen Aufeinanderfolge entschlossener Angriffe

von großer Stärke. Die feindlichen Verluste waren sehr schwer. Ebenso wurden die französischen Stellungen auf den Höhen bei Eschenberg und Montreux heftig angegriffen. Der Feind wurde abgewiesen. In einigen Punkten, wo es der feindlichen Infanterie gelang, auf kurze Entfernung in die französischen Stellungen einzudringen, wurde sie sofort durch Gegenangriffe von einem größeren Stück Boden vertrieben, als der, von dem sie zeitweilig Besitz ergriffen hatten. Auch an der belagerten Front wurden alle Angriffe nach hartem Kampf, bei dem dem Feinde erhebliche Verluste zugefügt wurden. Die Schloßstadt batert an verschiedenen Punkten durch die alliierten Schiffsartillerie noch an. Von der britischen Front ist nichts zu berichten außer der gewöhnlichen betriebligen Artillerietätigkeit.

Wie die Engländer schwindeln!

Berlin, 30. April. Nach einem englischen Bericht vom 19. April soll die 7. deutsche Division vollständig aufgerieben zu sein. Das Gemälde der Entente, durch vorgeschickte große deutsche Verluste die gedrückte Stimmung der eigenen Länder zu heben, ist verständlich. Es sei jedoch zur Beleuchtung der Zuverlässigkeit solcher übertriebenen englischer Verlustberichte festzustellen, daß die am 25. April 19. April militär abgetriebene 7. deutsche Division am 25. April 20. April Genoa genommen hat.

Kanadischer 8000 Tonnen-Dampfer torpediert.

Hollingshead, 29. April. (Reuter.) Der kanadische Dampfer „Dropps“ (8075 Tonn.) ist torpediert worden und versenkt. 110 Passagiere sind getötet, drei Mann der Besatzung wurden vermißt.

Um den Kaiserbrief.

Das Clemenceau fordert.

Rotterdam, 30. April. Der Pariser Korrespondent des „Manchester Guardian“ teilt mehrere Einzelheiten mit aus den Verhandlungen in der Angelegenheit Clemenceau-Cornelin im Rahmenausfluß für auswärtige Angelegenheiten. Danach beharrt Cornelin auf dem Standpunkt, daß Clemenceau entweder zu viel oder zu wenig gesagt habe, und erklärte, daß nach der Veröffentlichung des Briefes Kaiser Karls alle Tatsachen veröffentlicht werden müßten. Der nämliche Standpunkt wird auch von verschiedenen anderen Blättern vertreten. Nach der Erklärung von Mitgliedern des Ausschusses lassen die von der Regierung in Aussicht mitgeteilten Dokumente keinen Zweifel der Aufrichtigkeit Kaiser Karls bestehen. Es bemerkt deutlich, daß er im Einverständnis mit dem Reichstag vorgegangen ist. Ribot haben tatsächlich das förmliche Verprechen abgegeben, daß weder der Brief des Kaisers noch die Tatsache der Besprechungen jemals bekanntgegeben werden sollten.

Die Dokumente enthalten einen Brief von Poincaré an den Prinzen Sixtus von Bourbon, worin Poincaré für Frankreich nicht nur die Elzäs-Lothringern fordert, sondern die Grenzen von 1814, und Bürgerkriegs hinsichtlich des rechten Rheinufer, also tatsächlich die Bedingungen, welche im Vertrage von Briand und Doumergue mit der Regierung des früheren Jahres vereinbart wurden.

Poincaré scheint die Verhandlungen in eigener Person geführt zu haben. Er teilte dem Brief Kaiser Karls Ribot mit der Bitte, die Vertreter von Großbritannien und Italien davon verständigt, aber nicht die Vertreter der anderen neutralen Mächte, ebenso wenig Wilson, obgleich Amerika jetzt nach dem Empfang des Briefes des Kaisers den Krieg erklärt, auch nicht der nordamerikanischen russischen Regierung unter Kerenski, und ebenso wenig der belgischen Regierung. Die einzigen Mitglieder des französischen Kabinetts, die ins Vertrauen gezogen wurden, waren Jaurès und Albert Thomas. Violette, der zu Ribots Kabinetts gehörte, veröffentlichte jetzt einen offenen Brief an Ribot, worin er ihm bittere Vorwürfe macht, daß er das Kabinet darüber nicht informiert habe, und daß er einige Zeit nach den Besprechungen, welche längere Zeit dauerten, zu dem Entschluß gekommen sei, daß der Brief des Kaisers Karl keine genügende Grundlage für den Frieden bilde.

Die Angriffe gegen Lloyd George.

Bern, 29. April. Die Londoner „Morning Post“ legt ihre seitigen Angriffe gegen Lloyd George Tag für Tag fort. Die Andeutung der konservativen Militärpartei, daß Lloyd George für die nimmerliche Inaktivität der britischen Armee verantwortlich ist, findet in der öffentlichen Meinung einen immer härteren Widerhall. Viele Blätter erörtern die Möglichkeit eines neuen Kriegsausschlusses. Es wird allgemein geglaubt, daß Lloyd George vielleicht schon längst gestürzt wäre, und daß sein Kabinet schon nach dem ersten Ereignis der deutschen Offensive einer neuen Regierung Platz gemacht hätte, wenn ihm ihr treibender führender Staatsmann bereit gewesen hätte, die Kandidatur zu übernehmen. Die „Morning Post“ schlägt als neuen Kandidaten für die Kandidatur des gegenwärtigen Ministers des Innern, Sir George Gans, vor, der in den letzten Wochen mit kriegerischen Tönen ausfallen in den Vordergrund getreten ist.

Abreise deutscher Diplomaten nach Bukarest.

Sofia, 29. April. Der deutsche Gesandte Graf Oberndorff und Legationsrat Freiherr von Risthoven sind nach Bukarest abgereist.

Weterles neue Kabinettsbildung.

WTB. Budapest, 30. April. Nach einer Mitteilung beabsichtigt Dr. Weterles mit Vorschlägen zur Kabinettsbildung erst dann vor dem König zu erscheinen, wenn er in der Mehrformel mit dem Grafen Tisza ein Kompromiß abgeschlossen haben wird. Beratungen hierüber werden jetzt gepflogen.

Mehl für Holland.

Rotterdam, 29. April. „Nieuwe Rott. Cour.“ erzählt, daß die ersten Mehrverhandlungen für die in Holland internierten deutschen Kriegsgefangenen und die Zivilgefangenen nach Rotterdam unterwegs sind.

Bundesrat und Offfragen.

Bremen, 30. April. Die zweite Kammer des sächsischen Landtages verhandelte gestern u. a. über die Vertretung Sachsens im Bundesrat. Es fiel auf, daß der Staatsminister Graf Bülow von Ostfriesland die Erörterung eines so wichtigen Gegenstandes nicht erwidern war und der Kammerpräsident Dr. Vogel erklärte, der Minister habe sich endlich nach Berlin begeben und werde vom Grafen v. Leipzig vertreten. Die Berliner Reise des Ministers hängt mit den Besprechungen zusammen, die Graf Bülow in der vorigen Woche während eines Aufenthaltes in München gepflogen hat. Jedenfalls stehen Bundesratsverhandlungen bevor, durch die der Neuordnung der sächsischen Kandidaten eine endgültige Form gegeben werden soll. Für Sachsen steht nach wie vor die litauische Frage im Vordergrund. Man spricht hier davon, daß auch die elzäs-lothringische Frage einen grundlegenden Wert erlangt. Dabei ist die Anwesenheit des Grafen Bülow in Berlin sehr wünschenswert.

gen Gegenstandes nicht erwidern war und der Kammerpräsident Dr. Vogel erklärte, der Minister habe sich endlich nach Berlin begeben und werde vom Grafen v. Leipzig vertreten. Die Berliner Reise des Ministers hängt mit den Besprechungen zusammen, die Graf Bülow in der vorigen Woche während eines Aufenthaltes in München gepflogen hat. Jedenfalls stehen Bundesratsverhandlungen bevor, durch die der Neuordnung der sächsischen Kandidaten eine endgültige Form gegeben werden soll. Für Sachsen steht nach wie vor die litauische Frage im Vordergrund. Man spricht hier davon, daß auch die elzäs-lothringische Frage einen grundlegenden Wert erlangt. Dabei ist die Anwesenheit des Grafen Bülow in Berlin sehr wünschenswert.

Deutsches Reich.

Der neue Oberpräsident der Rheinprovinz.

Berlin, 30. April. (Antsch.) Conrad v. Groote in Rheinbach ist zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz ernannt worden.

In der Angelegenheit des Fürsten Bischoffs und des Hauptmanns a. Bezirke dritten, wie der „Deutschen Tageszeitung“ gemeldet wird, verschiedene politische Persönlichkeiten vielleicht unangenehme Rückwirkungen zu fürchten bekommen. Wie schon mitgeteilt, ist der verhaftete Hauptmann a. Bezirke durch den Geheimrat Wittling in den Besitz der Bischoffs'schen Devisen gekommen. Der Fürst behauptet nun, Herr Wittling eine Abschrift unter dem Siegel der Verschwiegenheit und dem Versprechen der strengsten Disziplin nur für den ausschließlich persönlichen Gebrauch gegeben zu haben. Es wird sich deshalb fragen, ob Herr Geheimrat Wittling wissen können, das Hauptmann a. Bezirke ein gefälschtes Mittelvermögen von einem Mann, die über Natur nach als Staatsgeheimnisse zu betrachten wä? Herr Wittling ist bekanntlich auch der Bruder von Maximilian Harden. Dieser war bei Ausbruch des Krieges Anzeigerinist und ging nachher ins Lager der Besessenen, in dem sich auch Herr von Bezirke befand. Es ist nun die Frage aufzuwerfen, ob Harden durch den Fürsten Bischoffs persönlich oder durch seinen Bruder oder durch Bezirke beeinflusst worden ist.

Zur Reichstagswahl in Gleiwitz-Zablitze.

Als Termin für die durch den Tod des Reichstagsabgeordneten Carlo nötig gewordene Ersatzwahl im Reichstagswahlbezirk Gleiwitz-Zablitze ist der 6. Juni festgesetzt worden. Als Kandidaten hat das Zentrum den Reichsanwalt Wehler in Gleiwitz angelehnt. Von politischer Seite war die Auffassung des Reichstagsabgeordneten in Bierbaum als Gegenkandidat in Aussicht genommen worden, doch erhielt der Herr nicht die gewünschte Anzahl von seiner vorzulegenden politischen Behörde. Erst wird in politischen Kreisen lobt für eine Kandidatur Koriantz angeteilt.

Der glänzende Stand des preussischen Sparkassenwesens.

Berlin, 30. April. Einer Uebersicht über den Geschäftsbetrieb und das Ergebnis der preussischen Sparkassen im Rechnungsjahre 1916 entnehmen die „Nord. Allg. Zig.“, daß die Anzahl der Sparkassen zusammen 1768 betrug. Sparkassensparer waren 16 983 230 im Umlauf. Gegen das Vorjahr stieg die Zahl der Sparer um je 100 auf 106,33. Auf jedes der Sparkassen entfielen im Durchschnitt 860,37 Mark Einlagen. Auf den Kopf der Bevölkerung Preußens kommen an Spareinlagen 324,99 Mark gegen 311,62 Mark im Vorjahre. Für öffentliche Zwecke waren seit dem Bestehen der Kassen bis zum Schluß des Berichtsjahres 631 756 169,51 Mark aufgewendet worden, davon 42 141 688,71 Mark im letzten Rechnungsjahre 1916.

Ausprobre über Elzäs-Lothringern im sächsischen Landtag.

Dresden, 29. April. Der sächsische Landtag befaßte sich heute in einer Ausprobre über die auswärtige Politik auch mit der elzäs-lothringischen Frage. Der fortschrittliche Abgeordnete Günther kritisierte die Aufteilungspläne. Die Begründung, daß die Aufteilungspläne erfolgen sollen, um die Zersplitterung der Breußen und Bayern zu verhindern, sei ganz und gar verfehlt. Denn Württemberg, Hessen und Sachsen hätten nicht weniger tapfer gekämpft. Über den Kopf des elzäs-lothringischen Landtags hinweg dürfe eine Neuordnung der Frage nicht erfolgen. Er bekräftigte dann die Vorgehensweise in Frankreich, insbesondere das Schweigebot des Statthalters an den Landtag in der Aufteilungsfrage und die Protestation der Zweiten Kammer hiergegen. Er fragte die Regierung, ob die Aufteilungspläne richtig seien und welche Haltung die sächsische Regierung zur Frage einnehme. Der Vertreter der Regierung erklärte, daß an den Bundesrat Vorschläge oder bestimmte Vorgehensweisen noch nicht gelangt seien. Die bisherige Form der elzäs-lothringischen Verfassung habe sich nicht geändert; namentlich nicht die Neuordnung von 1911. Die sächsische Regierung habe hiergegen schon damals Bedenken geäußert, die durch die Erfahrungen seitdem noch bestätigt worden seien. Es sei nun wichtig, welche Lösung der Frage man wählen werde. Nebenfalls werde Elzäs-Lothringern über das Reich gehören, und es werde dabei der föderalistische Charakter des Reiches gewahrt werden.

Letzte Depeschen.

Die Verminderung des englischen Ansehens.

Wiederum starke Feindesverluste. WT B. Berlin, 30. April. (Drachnachricht.) Jeder Quadratfuß, den England im Fernen Osten verliert, untergräbt das Prestige und die Waffenschere der Briten. Die schweren Kämpfe um den Besitz des Höhenlandes südwestlich von Opeva sind aus diesem Grunde erklärlich. Da die englischen Kräfte allein nicht mehr ausreichen, muß Foch rücksichtslos seine besten französischen Truppen dem deutschen Ansturm entgegen werfen. So verbraucht er im britischen Interesse immer mehr die Reserven Frankreichs. Heute, am 29. April vormittags, gemanen unsere Truppen an mehreren Stellen der Front in Hindernissen weichen. Der Schwab leistete heftigen Widerstand und hatte die letzten Tage und heute, neue Kräfte hier von anderen Fronten heranzuschaffen. Die am 29. April gemachten Gefangenen lagen aus, daß sie Geschütz hatten, ihre vordersten Vinten bis zum letzten Mann und unter allen Umständen zu halten und keinen Fuß breit des wichtigen Bodens den Deutschen preis zu geben. Die blutigen Verluste des Feindes waren seiner verzweifelt Gegenwehr entsprechend sehr schwer. Die Franzosen mußten noch nach kurzer Zeit eine frische an Stelle einer vom deutschen Feuer erledigten Division einbringen. Hierbei erlitten die allmählich schwerer Verluste. Die feindliche Infanterie wurde von den deutschen Schützengruppen mit Maschinengewehren und Bomben mitunter angegriffen.

Deutsche Offensive bei Dixmuiden?

Paris, 30. April. (Reisattelegramm.) Die englischen Militärkritiker lenken in ihren neuesten Betrachtungen der Kriegslage die Aufmerksamkeit auch auf den nördlichen Teil der Front vor Dixmuiden und auf den englischen Frontabschnitt. Sie leben bereit, daß man Grund zu der Annahme hat, daß auch dort die feindliche Offensive losbrechen könne und daß auf dem hiesigen Abschnitt ein rascher Witzschritt von Dixmuiden bis zum Meer die Front in Bewegung komme. Die englischen Frontberichtersteller melden bereits seit einigen Tagen ein stark wachsendes Militärfeuer an der belagerten Hindenburgfront.

127 000 Gefangene, über 1600 Geschütze

Die Beute bis 1. Mai.

WT B. Berlin, 30. April. (Drachnachricht.) Mit der Eroberung des Kammelmassins hat sich die deutsche Beute in der Westfront bis zum 1. Mai auf über 127 000 gefangene unverwundete Gefangene und mehr als 1600 Geschütze gesteigert. Besonders erwähnenswert ist, daß die am Kammelmassin erbeuteten Gefangenen zum ganz überwiegenden Teile den Stütztruppen der französischen Armee angehören. Auch die nach vielen Tausenden zählende Maschinengewehrbeute ist wiederum um einige Hundert vermehrt worden.

Vergeblicher Durchbruchversuch feindlicher Flieger.

Bekehrung deutscher Lazarette.

WT B. Berlin, 30. April. (Drachnachricht.) Am 29. April 11 Uhr vormittags verurteilte ein feindlicher Geschwader am Kammelmassin die deutsche Luftsperrung zu durchbrechen. Nur drei Flugzeuge gelang es, hinter die deutschen Vinten zu gelangen, wo gut liegendes Schlagsfeuer und ein herannahendes deutsches Jagdgeschwader sie zurückschickte. Sie tauchten in den Schütz der hier herüberhängenden Wolken und machten fehr.

Der Kampf am 29. April ist dadurch besonders bemerkenswert, daß einige schwere feindliche Batterien um die Mittagszeit in mehreren Stellen der deutschen Front durchschlugen. In der Gegend Mezen wurde durch feindliche Granaten ein durch das rote Kreuz weithin gefennzeichnetes Lazarett beschädigt. Auch bei Westphale hielt der Feind den Verbandplatz eines Feldlazaretts dauernd unter Feuer. Da weder Truppen, Kolonnen noch Batterien sich in der Nähe des Verbandplatzes befanden, ist zuweilen erwiesen, daß der Feind absichtlich gegen unsere Sanitätseinrichtungen vorging, obwohl solches Verhalten im offenen Gegensatz zu den Grundregeln des Völkerrechts und der Menschlichkeit steht. Die deutschen Ärzte und das Pflegepersonal erfüllten trotz des schweren Feuers weiter ihre Pflicht.

Die deutschen Forderungen gegenüber Holland.

Frankfurt, 30. April. (Reisattelegramm.) Die „Frk. Zig.“ meldet aus dem Haag: In einem Blatte war behauptet worden, Deutschland stelle gegenüber Holland die Forderung an, die Durchfahrt von Kriegsmaterialien, insbesondere Eisen, zu untersagen. In der Gegend Mezen wurde durch feindliche Granaten ein durch das rote Kreuz weithin gefennzeichnetes Lazarett beschädigt. Auch bei Westphale hielt der Feind den Verbandplatz eines Feldlazaretts dauernd unter Feuer. Da weder Truppen, Kolonnen noch Batterien sich in der Nähe des Verbandplatzes befanden, ist zuweilen erwiesen, daß der Feind absichtlich gegen unsere Sanitätseinrichtungen vorging, obwohl solches Verhalten im offenen Gegensatz zu den Grundregeln des Völkerrechts und der Menschlichkeit steht. Die deutschen Ärzte und das Pflegepersonal erfüllten trotz des schweren Feuers weiter ihre Pflicht.

Ein Treuschwur der Deutschen Oesterreichs

WT B. Wien, 30. April. (Drachnachricht.) Die „Oesterreichische Volkszeitung“ meldet: Am Sonntag fand in Graz der zweite deutsche Volkstag statt. Die Besammelten leisteten in feierlicher Form folgenden Eid: Wir schwören beim Andenken unserer gemeinsamen Söhne und Brüder bei allem, was uns heilig ist, keinen Zoll deutschen Bodens nicht preiszugeben und treu festzuhalten an dem Bündnisse mit den Brüdern im Reich, komme, was da wolle. Hoch und heilig über allem steht die Pflicht der Treue gegen das eigene Volk. So wollen wir es in der Zukunft halten. So wahr uns Gott helfe!

Henderson über eine künftige Internationale.

Paris, 30. April. (Reisattelegramm.) Aus London wird gemeldet: Seitdem in London zwischen den Abgeordneten der amerikanischen Arbeiterverbände und den Mitgliedern der amerikanischen Komitee der britischen Arbeitervereinigungen zur Behandlung des Vertriebes der britischen Arbeiter bezüglich der Kriegszeit eine Konferenz statt. Es wurde festgestellt, warum die amerikanischen Arbeiter den gleichen Standpunkt einnehmen müssen, wie die britischen Kollegen. Henderson hielt dabei eine Rede, in der er die Haltung der britischen Arbeiter auseinandersetzt und erklärte, daß jede sich bietende Gelegenheit benutzt werden müsse, um auch in politischer Hinsicht die Situation auszunutzen, damit die internationale sozialistische Arbeiterkonferenz wieder wie früher zusammenzutreten können und zwar auch in der Weise, daß auch die jetzt feindlichen Länder vertreten sein werden. Die amerikanische Bewegung konnte das einzige Ziel sein gegenwärtig, Deutschland zu besiegen. Es können folgende Schritte notwendig sein, um die internationale Arbeiterkonferenz wieder wie früher zusammenzutreten können und zwar auch in der Weise, daß auch die jetzt feindlichen Länder vertreten sein werden. Die amerikanische Bewegung konnte das einzige Ziel sein gegenwärtig, Deutschland zu besiegen. Es können folgende Schritte notwendig sein, um die internationale Arbeiterkonferenz wieder wie früher zusammenzutreten können und zwar auch in der Weise, daß auch die jetzt feindlichen Länder vertreten sein werden.

Schiffsraub in Argentinien!

WT B. London, 30. April. (Drachnachricht.) Times' erfahren aus Buenos Aires, daß in einer halbamtlichen Mitteilung des Handelsdepartements angedeutet wird, daß Argentinien die in seinen Häfen liegenden Schiffe in Gebrauch werden nehmen müssen, da es sonst wahrscheinlich unmöglich sein wird, Schiffraum für die Reizen nach den 20 Panama-Häfen zur Verfügung zu stellen.

Eine ukrainische Ausstellung.

Wien, 30. April. (Reisattelegramm.) Das ukrainische Ministerium für Subsidien und Handel organisiert eine ukrainisch-deutsches-österreichische Ausstellung, deren Ziel ist die Erweiterung des Interesses der Konsumenten für die Industrie und Handelswaren der Zentralmächte, andererseits die Erhellung der Schätze des ukrainischen Bodens und der Mittel zu dessen Ausnutzung ist. Die Ausstellung soll Anfang Juni eröffnet werden.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 1.)